

Anhörung „Demographie und Infrastruktur“

Fragenkatalog

Einleitung

Der demographische Wandel in Deutschland und seine Folgen sind in den letzten Jahren breit diskutiert worden. Diese Debatte beschränkte sich allerdings weitgehend auf den daraus erwachsenden Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme sowie auf die fiskalischen Auswirkungen. Die Nah- und Fernwirkungen des demographischen Wandels auf die Infrastrukturentwicklung spielten hingegen nur eine untergeordnete Rolle.

Angesichts der dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung muss die bestehende Infrastruktur wie auch geplante Infrastrukturinvestitionen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft werden. Der Parlamentarische Beirat setzt dabei seinen Fokus auf solche Regionen, die in besonderem Maße vom Bevölkerungsrückgang betroffenen sein werden, da dort die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine ungleich größere Herausforderung darstellt. Wie ist in diesen Regionen die Infrastruktur nachhaltig zu entwickeln und umzubauen, um den sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedürfnissen jetziger und kommender Generationen zu entsprechen und die Chancen des Wandels nutzbar zu machen? In der Anhörung soll dabei ein Schwerpunkt auf die Infrastruktur in den Bereichen Mobilität, Bauen und Wohnen sowie Wasser und Abwasser gelegt werden.

Ein besonderes Interesse des Parlamentarischen Beirates gilt dabei den unterschiedlichen Herausforderungen für städtische und ländliche Regionen, aber auch den Möglichkeiten einer kooperativen und synergetischen Entwicklung von Stadt-Umland-Beziehungen. Ziel der Anhörung ist es, Vorschläge und Empfehlungen darüber zu erhalten, wie mit dem demographischen Wandel konstruktiv umgegangen werden kann, welche Instrumente auf den verschiedenen politischen Ebenen eine nachhaltige Infrastrukturplanung und -entwicklung befördern und wie ein „Nachhaltigkeitscheck“ für Infrastrukturmaßnahmen aussehen könnte.

Allgemeine Fragen

1. Welches sind die wichtigsten und dringendsten Herausforderungen für Bund, Länder, Städte und Gemeinden durch den demographischen Wandel in folgenden Bereichen: Bildungsinfrastruktur, Mobilitätsinfrastruktur, Energieinfrastruktur, Stadt-/Raumplanung, Bauen und Wohnen,

Gesundheitsinfrastruktur, Trinkwasserinfrastruktur, Abwasserinfrastruktur, Kommunikation, Freizeit/Sport und Kinderbetreuung?

2. Welche Handlungsfelder des Bundes, der Länder und der Kommunen werden von den Folgen des demographischen Wandels in Bezug auf Infrastruktur berührt, differenziert nach Schrumpfung und Alterung? Sind Verschiebungen von Steuerungskompetenzen notwendig?
3. Welches sind Ihrer Meinung nach die Mindeststandards für öffentliche Daseinsvorsorge in Bezug auf Infrastruktur, und wie lassen sich diese angesichts der Folgen des demographischen Wandels noch aufrechterhalten?
4. Die Aufrechterhaltung bzw. Schaffung einer ausreichenden Infrastruktur stellt für die ländlichen Regionen eine besondere Herausforderung dar. Sind dazu ausreichende Daten verfügbar?
5. Welche Konsequenzen ergeben sich für das Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse?

Raum- und Städteplanung

6. Sollten in Folge des demographischen Wandels Versorgungseinrichtungen wieder stärker wohnungsnah ausgerichtet werden?
7. Welche Unterschiede gibt es zwischen den Programmen Stadtumbau West und Ost? Was können beide voneinander lernen? Erweisen sich die Stadtumbauprogramme der Bundesregierung als praxistauglich und bedarfsgerecht? Gibt es Verbesserungsvorschläge?
8. Wie sollen Stadtumbaumaßnahmen und regionale Anpassungsstrategien auf Grund des demographischen Wandels künftig entwickelt werden?
9. Welche positiven Effekte können aus den Stadtumbauprozessen, insbesondere aus den Rückbaumaßnahmen
 - a) auf die Erreichung des 30-ha Zieles der Bundesregierung,
 - b) auf die tatsächliche Bodenversiegelung erwartet werden?
10. Wie kann durch die Stadtentwicklung und die ländliche Entwicklung angesichts der absehbaren weiteren Heterogenisierung der Gesellschaft (Zuwanderung, Individualisierung der Lebensstile, Alterung) auf eine räumliche und soziale Integration der verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen hingewirkt werden?

Bauen und Wohnen

11. Wie verändern sich die Herausforderungen an den Wohnungsmarkt?– Welche Wohnungstypen werden künftig in welchen Regionen benötigt? In welchem Ausmaß müssen vorhandene Wohnungen umgebaut werden?
12. Was sind die Ergebnisse von Untersuchungen zu Bau-/Nutzungskonzepten für die flexible Nutzung von privaten und öffentlichen Gebäuden?
13. Wie kann der zu erwartende Anstieg der Nachfrage nach altengerechten Wohnformen sinnvoll gestaltet werden? Welche Erfahrungen gibt es mit generationenübergreifendem Wohnen?

Mobilität

14. Wie verändern sich Mobilität und Mobilitätsverhalten in einer schrumpfenden / älter werdenden Gesellschaft, und welche Konsequenzen hat das für die Verkehrsinfrastruktur, differenziert nach städtischer und ländlicher Struktur?
15. Welchen Einfluss wird die zukünftige demographische Entwicklung auf Entscheidungen zum Aus-, Neu- und Rückbau der Verkehrsinfrastruktur haben? Wie kann der Bundesverkehrswegeplan die Auswirkungen der demographischen Veränderung berücksichtigen?
16. Welche Folgen ergeben sich durch den demographischen Wandel für kommunale und regionale Verkehrskonzepte? Welche Rolle spielen zukünftig insbesondere nicht-motorisierte Mobilitätsformen und das kommunale Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)? Wie kann im ländlichen Raum ein ÖPNV-Angebot in der Fläche auch mit neuen Methoden und Formen abgesichert werden?

Ver- und Entsorgung

17. Wie sieht eine nachhaltige Energie- und Wasserver- und Entsorgung angesichts des demographischen Wandels aus?
18. Welche Erkenntnisse gibt es über die Folgekosten für die öffentliche Infrastruktur, insbesondere für die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, auf Grund von Bevölkerungsrückgängen? Welche Möglichkeiten existieren, diese Kosten zu minimieren?

19. Welche Optionen gibt es in der Energie- und Wasserver- und Entsorgung, dezentrale Konzepte und Technologien zu verwenden, vor allem in ländlichen Räumen?
20. Welche Bedeutung und welche Auswirkungen hat die Breitbanderschließung insbesondere auf den Wohlfahrtsgewinn in den ländlichen und von Entvölkerung betroffenen Räumen? Wie wird das Abwanderungsverhalten durch den Zugang zu neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten beeinflusst?
21. Wie kann eine (nationale) Breitbandstrategie in diesen Gebieten gestaltet sein, um hier Teilhabe an den neuen Technologien und wirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne künftig sicherzustellen?

Lösungsansätze und Vergleichsmöglichkeiten

22. Welche langfristigen Folgeabschätzungsinstrumente für Planung und Bedarf von Infrastruktur gibt es bereits (auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen)? Welche Bemühungen gibt es, diese zu koordinieren? Gibt es best-practice-Beispiele der Folgeabschätzungsinstrumente?
23. Wie könnte ein Nachhaltigkeits-Check als methodisches Instrument zur Entscheidungshilfe aussehen (auf kommunaler, Länder- und Bundesebene) durch den die Kosten (einschließlich Opportunitätskosten) nicht angepasster Infrastrukturmaßnahmen dargestellt werden? Wie lassen sich dabei neben ökonomischen auch ökologische und soziale Kosten berücksichtigen? An welchen bereits existierenden methodischen Konzepten ließe sich anknüpfen?
24. Welche weiteren Konzepte und Planungen gibt es in den Bundesländern und Kommunen, um dem demographischen Wandel und den Auswirkungen auf die Infrastruktur zu begegnen?
25. Welche Erfahrungen mit dem Umgang mit dem demographischen Wandel gibt es insbesondere im europäischen Ausland? Was können wir für unsere künftige Infrastruktur von dünn besiedelten Regionen lernen?
26. Sind Public Private Partnerships und vollständig private Lösungen bei Verkehrsprojekten, Bildungseinrichtungen oder im Gesundheitswesen eine Erfolg versprechende Möglichkeit der Finanzierung der notwendigen Infrastrukturveränderungen?
27. Wie kann der derzeitige Wettbewerb der Kommunen untereinander im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gestaltet werden? Wie kann man die Kooperation der Kommunen verbessern, und welche Kooperationsformen gibt es? Wie kann man mit der Bevölkerungsschrumpfung bei gleichzeitiger Geldverknappung umgehen?

Fragen an die Sachverständige Frau Susanne Tatje, Demographiebeauftragte der Stadt Bielefeld

28. Wozu braucht eine Kommune eine Projektbeauftragte für die demographische Entwicklungsplanung, und was sind Ihre Aufgaben? In welchen politischen Bereichen sind Sie mit ihrer Projektgruppe an Planungsvorhaben beteiligt und in welcher Form?
29. Gibt es Kooperationen mit Nachbargemeinden? Wenn ja, wie sehen diese aus?
30. Wie sieht Ihre Bewertung nach zwei Jahren Arbeit aus?
31. Ist Ihre Arbeit in der Bevölkerung angekommen und angenommen worden? Welche Tendenzen zeichnen sich ab?
32. Was waren bislang die Schwerpunkte Ihrer Arbeit? Was konnte bislang nicht umgesetzt werden und aus welchem Grund? Welche Schwerpunkte haben Sie in den nächsten Jahren?